

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

16.03.2011 (letzte Sitzung: 17.02.2011)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	11:10 Uhr	
	12:48 Uhr	
TeilnehmerInnen		
Vorstandsmitglieder:	Tumpel Präs (Vorsitz) Bacher-Lagler VP Lehner VP Stein VP Utzig VP Blauensteiner Brantner Fetik (entschuldigt) Foglar Kniezanrek Ledwinka (entschuldigt) Stranzl Teiber Hoch Pörtl (entschuldigt) Tamandl (entschuldigt) Rösch Schütz (entschuldigt) Paiha	
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzkó BL Chaloupek BL Kundtner DirStv Trenner BL	
Vom Büro	Stockerer (Betriebsrat) Fisler Marcon (Betriebsrat) Mitterlehner Mulley (Protokoll)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 16.03.2011

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.02.2011

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2011
- 2.2 Fachausschussmittel – 2. Quartal 2011
- 2.3 Entsendung in den 61. Lehrgang der Sozialakademie
- 2.4 Aufnahme in den 9. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie – BRAK
- 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Tumpel

3.2 Bericht des Direktors – Muhm

- 3.2.1 Neue Leitung Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik → Tischvorlage
- 3.2.2 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Rechtsfall aus der Beratung
- 3.3.2 Fälle aus der Rechtsdurchsetzung
- 3.3.3 Aktuelle Insolvenzverfahren
- 3.3.4 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Bildungsgutschein
- 3.4.2 Mittlere Reife
- 3.4.3 Bildungsdialog 2.2.2011
- 3.4.4 Zur aktuellen Arbeitsmarktentwicklung in Wien
- 3.4.5 Finanzdienstleistung: Beratungsschwerpunkte 2010, Analyse Bankverträge 2011
- 3.4.6 Studie „Die Praxis des Richtwertmietzinssystems“
- 3.4.7 Aktueller Bericht

3.5 Information - Ficzek

- 3.5.1 AK kritisiert: Jedes dritte Unternehmen ignoriert nach wie vor die Offenlegungsverpflichtung von Jahresabschlüssen
- 3.5.2 Tumpel zu Frauen in Führungspositionen: Gesetzliche Quote muss kommen!
- 3.5.3 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Februar 2011
- 3.6.2 Finanzierung IEF und AMS-ÖBudget
- 3.6.3 Saisoniermodell neu – Anpassung an Ende der Übergangsfristen
- 3.6.4 Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bei Korridorpensionsanspruch
- 3.6.5 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

- 3.7.1 Zusammenschluss Berglandmilch/Tirol Milch
- 3.7.2 Veröffentlichung von Jahresabschlüssen – Studie 2011
- 3.7.3 Korrektur der Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes
- 3.7.4 Preisindex (mündl Bericht)
- 3.7.5 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Tumpel begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 16.03.2011 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.02.2011

Tumpel ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.02.2011.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 17.02.2011 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2011

Muhm ersucht um Rückstellung des Subventionsansuchens, da infolge einer Übernahme von Kosten durch die EU-Kommission das Gesamtvolumen nicht im Detail feststeht. Auf Einwand von **Paiha**, dass nur die Personalkosten von der EU übernommen werden, bestätigt **Muhm**, dass genau das im Subventionsantrag zu spezifizieren ist.

Beschluss:

Der Vorstand beschließt die vorliegende Subvention für das Jahr 2011 wie folgt:

Nr	Organisation	neuer Antrag 2011	Beschluss
1	Frauensolidarität	4.000,00 €	Rückstellung

→ einstimmig angenommen

2.2 Fachausschussmittel – 2. Quartal 2011

Beschluss:

Der Vorstand der AK beschließt folgende Aufteilung der Fachausschussmittel für das 2. Quartal 2011:

AUFTEILUNG DER QUARTALSÜBERWEISUNG – 2. Quartal 2011

Fachausschüsse		BAWAG-Konto-Nr.
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	27.000,00	05410-230-960
Gewerbe und Industrie	22.500,00	05410-230-684
Geld, Kredit, Versicherungen	9.600,00	05410-231-079
Graphisches Gewerbe	10.050,00	05410-230-650
Papier Gewerbe	4.350,00	05410-230-668
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe	2.802,00	05410-230-986
Bauhauptgewerbe	17.025,00	05410-230-838
Bauhilfsgewerbe	11.250,00	05410-230-692

Maler und Anstreicher	10.002,00	05410-230-820
Pflasterer	2.850,00	05410-230-862
Steinarbeiter	3.810,00	05410-230-676
Hafner-, Fliesenleger- u Rauchfangkehrergewerbe	3.852,00	05410-230-919
Tapezierer	8.505,00	05410-230-773
Tischler	11.601,00	05410-230-706
Bedienstete d Privatkrankeanstalten	4.500,00	05410-231-036
Friseure und Kosmetiker	16.650,00	05410-230-790
Denkmal-, Fassaden- u Gebäudereiniger	6.975,00	05410-230-978
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	6.300,00	05410-230-951
Soziale Dienste	3.450,00	05410-230-765
Gastronomie	7.602,00	05410-231-028
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	7.500,00	05410-230-927
Heime, Internate	4.350,00	05410-230-757
Gartenbau und Floristik	6.000,00	05410-230-846
Bäcker	6.000,00	05410-230-854
Fleischer	4.728,00	05410-230-994
Getränke	5.325,00	05410-231-010
Zuckerbäcker	10.800,00	05410-231-001
Chemie	6.705,00	05410-230-889
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00	05410-230-811
Sanitär-, Heizungs- u Lüftungstechnik	12.720,00	05410-230-722
Spengler und Kupferschmiede	6.150,00	05410-230-749
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00	05410-230-803
Mechaniker	9.399,00	05410-230-943
Textil	3.600,00	05410-230-935
Bekleidung	3.600,00	05410-230-897
Schuh/Leder	3.600,00	05410-230-714
Berufskraftfahrer	21.000,00	05410-665-419
Verkehr, Transport, Logistik	-	05410-026-696
Gesundheitsberufe	13.701,00	05410-027-560
	332.472,00	
→ einstimmig angenommen		

2.3 Entsendung in den 61. Lehrgang der Sozialakademie

Die Aufnahmegespräche für den 61. Lehrgang der Sozialakademie, der am 5.9.2011 beginnen wird, sind abgeschlossen.

Aufgrund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche und der Rücksprache mit den Gewerkschaften und dem ÖGB werden folgende KollegInnen zur Entsendung in den 61. Lehrgang vorgeschlagen:

Beschluss:			
Der Vorstand beschließt folgende KollegInnen in den 61. Lehrgang der SOZAK zu entsenden:			
Name	Firma	Funktion	Gewerkschaft
Walter Gaugusch	ÖBB-Infrastruktur	BR	VIDA
Martin Lengauer	ÖBB-Infrastruktur	BR	VIDA
Horst Schranz	VIDA	Jugendsekretär	VIDA
Chrisitan Illitz	ProGe	Jugendsekretär	ProGe
Manuel Kindl	Verbund AG	BR	GPA-djp
Martin Prokop	AUVA, Rehazentrum Meidling	BRV	GPA-DJP

Gerald Hautz	AUVA, Unfallkrankenhaus Meidling	BRV	GPA-DJP
Helmut Sauer	Vereinigte Bühnen Wien	BRV-Stv	GdG-Kmsfb
Sonja Hoscher	Wiener Linien	BRV-Stv	GdG-Kmsfb
Wolfgang Gartner	A1 Telekom Austria AG	VPA-Vorsitzender	GPF
→ einstimmig angenommen			

Kontingente:	
Burgenland	1
Kärnten	2
Niederösterreich	4
Oberösterreich	5
Salzburg	2
Steiermark	3
Tirol	2
Vorarlberg	1
Wien	7
Summe	27

2.4 Aufnahme in den 9. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie, BRAK

Auf Grund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche und nach Rücksprache mit den Gewerkschaften werden folgende Kolleginnen und Kollegen als TeilnehmerInnen für den 9. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie 2011 nominiert.

<u>Beschluss:</u> Der Vorstand beschließt auf Grund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche und nach Rücksprache mit den Gewerkschaften folgende Kolleginnen und Kollegen als TeilnehmerInnen für den 9. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie 2011 zu entsenden.					
BIJELJINAC	Sead	BFI	BRV-Stv	Pro-Ge	1
FERRARI	Mario	UPC-Austria	BR	GPA-djp	2
FRÖHNER	Martin	Volkshilfe	BRV	GPA-djp	3
GILLER	Brigitte	GM Powertrain	BR	ProGe	4
GRABNER	Johann	ÖBB-Infrastr.	BR	Vida	5
GRIEHSLER	Barbara	Wiener Hilfswerk	BRV	GPA-djp	6
GUTSCH	Roman	Caritas Sozialis	BRV	GPA-djp	7
HABERLER	Rudolf	Öst. Hilfswerk f. Taubblinde	BRV-Stv	GPA-djp	8
HINTELEITNER	Helmut	OMV-Solutons	BRV-Stv	GPA-djp	9
KAINTZ	Alexander	Grünes Kreuz	BR	Vida	10
RINT	Roman	Post	BR	GPF	11

SAMER	Karin	Wr. Kinderfreunde	BRV	GPA-djp	12
SEHNAL	Kurt	Tupack	BRV	GB-H	13
SOLLAK	Alexander	Telekom	BRV	GPF	14
STRASSER	Friedrich	Manpower	BRV-Stv	ProGe	15
SZALAY	Christian	Fernwärme Wien	BR	ProGe	16
TREMEL	Wolfgang	TÜV-Austria	BRV	GPA-djp	17
WIMMER	Johann	Gew. B-H	Sekretär	GB-H	18
WIRTH	Alexander	Intervet	BRV	ProGe	19
→ einstimmig angenommen					

2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

Steinarbeiter (GBH)

Mitglied neu

Graf Michael

Mitglied ausgeschieden

Stockreiter Peter

Ersatzmitglied neu

Stockreiter Peter

Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger (VIDA)

Ersatzmitglied neu

Kurija Dragan

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Eingehend auf den derzeitigen Preisauftrieb von 3 % betont **Tumpel**, dass die steigenden Rohstoff- und Ölpreise eindeutig auf das Konto von Spekulanten gehen – es handelt sich um dreiste Preistreiberei. Die steigenden Preise haben nichts mit Angebot oder Nachfrage oder Lagerständen zu tun. Auch Unruhen und Katastrophen werden gerne vorgeschoben. Schon 2008 stellte eine deutsche Studie fest: Der Anteil von Öl-Spekulationen am damaligen Spritpreis betrug 35 bis 40 Prozent. Sowohl die EU wie auch die österreichische Regierung sind gefordert entsprechende Maßnahmen, etwa im Rahmen der Wettbewerbspolitik, zu setzen.

Weiters kritisiert **Tumpel**, dass die Wirtschaftspolitik der EU in eine völlig falsche Richtung geht. Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen bringen Nachteile für ganz Europa: Sie schwächen die Kaufkraft und damit den einzig effektiven Wachstumsmotor. Was Europa braucht ist ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell, keine neuen Sparzwänge. Statt Kürzungen der Löhne muss es

eine Stärkung der EU-Binnennachfrage durch Erhöhung der Kaufkraft der KonsumentInnen mittels angemessener Lohnerhöhungen und hoher Sozialstandards geben. Eingriffe in die Lohnverhandlungen und in die Sozialpolitik der Länder sind völlig indiskutabel. Darüber hinaus befürchtet der Präsident durch die von EUROSTAT beabsichtigte Einrechnung der Schulden ausgegliederter Betriebe in die Staatsschuld eine neue Sparpaket-Debatte, die sich im Kern wiederum gegen die Interessen der AN richten wird. Entsprechenden Ansätzen muss energisch entgegen getreten werden.

Der Präsident weist abschließend mit Hinweis auf seine oftmaligen Berichte im Vorstand daraufhin, dass unser Land im Bildungsbereich vor großen, komplexen Herausforderungen steht. Dies beginnt bei den Kindergärten und erstreckt sich bis zur Frage der Studienplatzfinanzierung und der Strategie für das lebensbegleitende Lernen. Die Sozialpartner haben bekanntlich ein Positionspapier erstellt, dessen Forderungen sich über weite Strecken mit jenen des Bildungsvolksbegehrens decken. Deshalb wird die AK Wien das Bildungsvolksbegehren unterstützen. Bekanntlich wird auch die Industriellenvereinigung das Volksbegehren unterstützen.

In der nachfolgenden Aussprache gibt **Hoch** im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, dass die Fraktion ÖAAB/FCG sich gegen eine Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens durch die AK Wien ausspricht. Vielmehr sollte darauf eingewirkt werden, dass die Bildungssprecher der beiden Koalitionsparteien rasch zu einer Einigung über bildungspolitische Maßnahmen kommen. Im Übrigen erscheint ihm die Tischvorlage zum Bildungsvolksbegehren als sehr einseitig parteipolitisch formuliert. **Paiha** sieht es als notwendig an, dass sich die AK im bildungspolitischen Diskurs positioniert und die mediale Diskussion offensiv vorantreibt. Auch wenn es sowohl inhaltlich wie in Formulierungen unterschiedliche Ansichten zwischen dem Volksbegehren und der AUGE bzw den Grünen gibt, wird das Volksbegehren von der AUGE und den Grünen unterstützt werden, denn es ist - wie dann auch **Bacher-Lagler** in seiner Stellungnahme meint - ganz entscheidend, dass die bildungspolitische Diskussion vorangetrieben wird. **Rösch** fordert die Vertreter von ÖAAB und FSG auf, auf ihre Parteifreunde in Regierung und Nationalrat einzuwirken, dass es endlich zu Reformen kommt, denn es ist bereits fünf vor zwölf. Auf Frage von **Hoch**, ob nun das Volksbegehren auf der Homepage und in den Medien der AK beworben werden wird, sagt **Tumpel**, dass dies beabsichtigt ist. **Stein** stellt fest, dass es traurig ist, dass es dieses Volksbegehren bedarf um die bildungspolitische Diskussion voran zu treiben und sieht darin für die AK eine unbedingt zu nutzende Gelegenheit, damit endlich die notwendigen und von AK immer geforderten Reformen angegangen werden, was auch von **Brantner** unterstützt wird. **Foglar** gibt bekannt, dass im ÖGB-Vorstand beschlossen wurde die Funktionäre aufzufordern das Volksbegehren zu unterstützen, damit es zu den notwendigen Reformen kommt.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors

Muhm gibt bekannt, dass die Personalkommission der AK Wien einstimmig beschlossen hat Mag Markus Marterbauer zum neuen Abteilungsleiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung zu bestellen. Markus Marterbauer ist Jahrgang 1965 und war nach dem Studium an der Universität Wien als Assistent tätig und seit 1994 am WIFO als Konjunkturforscher beschäftigt. Markus Marterbauer ist einer der profiliertesten jüngeren heimischen Wirtschaftswissenschaftler.

Weiters informiert der Direktor, dass man bei der Endformulierung des Vertrages des Verkaufs des Karl Weigl Bildungshauses an die Fa Unger sei. Beim nächsten Vorstand der AK Wien wird eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht werden.

Auf Frage von **Hoch** erklärt **Muhm**, dass die Fa Unger ein renommiertes international tätiges Stahlbau-Unternehmen mit Sitz in Oberwart ist (siehe: <http://www.ungersteel.com/>) Es wurde vereinbart zusätzlich zum Verkaufspreis einen Besserungsschein über 60 Monate für den Fall einer weiteren Verbauung des Grundstückes abzuschließen. Detaillierte Unterlagen werden für die Beschlussfassung im nächsten Vorstand ausgesandt werden. Nachdem sich **Paiha** erkundigt, wie denn nun die Gesamtsituation nach Verlust des Bildungshauses aussieht, verweist **Muhm** auf das Bildungszentrum der AK Wien in der Theresianumgasse, in welchen alle Bildungsveranstaltungen (SOZAK; BRAK, IFAM etc.) erfolgreich gebündelt werden.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet aus dem Rechtsschutzbereich, dass mit Stichtag 31.10.2010 die Firma JANUS Gruppe GesmbH den Reinigungsauftrag im AKH verloren hat. Den Zuschlag erhielt die Firma Akademischer Gästediens in Österreich GesmbH. Die Firma JANUS Gruppe GesmbH ging davon aus, dass ein Betriebsübergang vorliege, meldete jedoch 319 Beschäftigte beim AMS zur Kündigung an. Die Firma Akademischer Gästediens in Österreich GesmbH ging hingegen davon aus, dass kein Betriebsübergang vorliege und fühlte sich für die 319 Beschäftigten auch nicht zuständig. Durch intensive Beratung der betroffenen ArbeitnehmerInnen konnte u.a. bis dato ein Betrag von insgesamt € 554.196,02 brutto außergerichtlich durchgesetzt werden.

Weiters verweist der Bereichsleiter auf weitere Fälle aus der Rechtsdurchsetzung (Austro Control, Dornbirner Sparkasse AG) sowie auf aktuelle Insolvenzverfahren.

In der anschließenden Diskussion zur Causa "Janus" fragt **Rösch**, ob nicht hauseigenes Personal günstiger sei als Fremdfirmen. **Paiha** macht auf das Vergaberecht aufmerksam und erkundigt sich, ob Beschwerden über die Fa "Akademischer Gästediens" bekannt sind. **Tumpel** merkt an, dass es nicht die Aufgabe der AK sein kann zu beurteilen, ob Fremd- oder eigenes Personal betriebswirtschaftlich günstiger ist. Sie hat auch keine Möglichkeit auf die Ausschreibungsbedingungen Einfluss zu nehmen. **Trenner** erklärt, dass im Vergaberecht die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften als Teil der Zulässigkeit involviert ist. Beschwerden über den Akademischen Gästediens liegen bis dato nicht vor.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl berichtet eingangs, dass der AK Wien Bildungsgutschein (BIGU) seit seiner Einführung von über 90.000 Personen eingelöst wurde. Allein im Jahre 2010 waren es 8.728 Personen, davon 5.918 Frauen (rund 68 %) und 2.810 Männer (rund 32 %). Sechs Prozent (514 Personen) der EinlöserInnen haben den 150 € Bildungsgutschein für Eltern in Karenz in Anspruch genommen, das sind durchschnittlich 2 % der sich in Wien in Karenz befindenden Personen. 2009 haben 8.934 Personen den AK Wien Bildungsgutschein eingelöst.

Bezüglich der Unterlage "Mittlere Reife" merkt die Bereichsleiterin an, dass es zwischenzeitlich von den Bildungssprechern der beiden Koalitionsparteien eine neue Konzeption gibt über die derzeit beraten wird.

Daran anschließend erinnert **Aschauer-Nagl** an den zwischen den Sozialpartnern und den beiden Bundesministerinnen Claudia Schmied und Beatrix Karl am 2.2.2011 abgehaltenen "Bildungsdialog", der eine durchaus zufriedenstellende Resonanz der Medien brachte. Die Information der Öffentlichkeit mit dem Tenor: „Wir, die Sozialpartner, sind dabei, wenn es um die Verbesserung des

österreichischen Bildungssystems geht, und wir haben in dieser Sache eine gute Gesprächsbasis mit der Regierung, konnte erfüllt werden" ist durchgehend gelungen. Den Ministerinnen wurde Unterstützung in vielen Punkten zugesagt. Ein weiterer Dialog soll folgen.

Eingehend auf die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in Wien stellt die Bereichsleiterin fest, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen hat. Die negativen Auswirkungen auf den Wiener Arbeitsmarkt waren – aus unterschiedlichen Gründen – deutlich weniger stark ausgeprägt als im restlichen Bundesgebiet. Die mittlerweile wiederangesprungene Konjunktur ist im vergangenen Jahr nun auch am Arbeitsmarkt positiv spürbar geworden – für Wien wiederum mit geringeren Auswirkungen als für das restliche Bundesgebiet. Das sollte aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass in Wien weiterhin große arbeitsmarktpolitische Herausforderungen bestehen. Insbesondere sollten Maßnahmen zur Verhinderung des weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit von Frauen gesetzt werden.

Konsumentenpolitisch informiert **Aschauer-Nagl** über die Finanzdienstleistungsberatung im Jahr 2010, die Analyse der Bankverträge 2011 sowie über die Studie „Die Praxis des Richtwertmietzinssystems“, welche zusammen mit der Forderung nach klarer, transparenter Mietenbegrenzung in einer Pressekonferenz am 17. Februar 2011 erfolgreich präsentiert wurde.

Hoch fragt, ob nachdem beim Bildungsgutschein das vorgesehene Budget nicht ausgeschöpft wurde, Überlegungen für eine stärkere Bewerbung des Gutscheins angestellt werden, worauf **Aschauer-Nagl** erklärt, dass die Akzeptanz des Bildungsgutscheins derzeit evaluiert werde um das Angebot qualitativ zu verbessern. Derzeit ist an stärkere Bewerbung des Bildungsgutscheins nicht gedacht. Die von **Paiha** nachgefragten Zahlen nach der Entwicklung teilzeitbeschäftigter Frauen bzw. deren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit am Wiener Arbeitsmarkt werden sofern vorhanden - wie **Aschauer-Nagl** verspricht - **Paiha** per mail nachgereicht werden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzeko

Unverändert unbefriedigend ist - wie **Ficzeko** ausführt - die Moral bei der Offenlegungspflicht von Jahresabschlüssen im Firmenbuch. Mehr als ein Drittel der großen heimischen Kapitalgesellschaften (ab 250 Beschäftigten) ignoriert auch 2010 die gesetzliche Offenlegungsverpflichtung und reichen ihren Jahresabschluss deutlich verspätet oder gar nicht ein. Der Verstoß gegen die Offenlegungspflichten ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verstoß gegen das österreichische Gesetz. Wer seine Bilanzen nicht veröffentlicht, verschafft sich dadurch einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen Unternehmen, die sich an die Gesetze halten. Kunden, Lieferanten und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, zu erfahren, mit wem sie geschäftliche Verbindungen eingehen.

Mit großem Ärger muss **Ficzeko** feststellen, dass Österreich vom Ziel, dass bis zum Jahr 2015 30 Prozent und bis 2020 40 Prozent der Aufsichtsräte der börsennotierten Unternehmen auf Europas Binnenmarkt weiblich sind, noch „meilenweit“ entfernt ist, wie eine Neuauflage der AK-Studie vom Februar 2011 deutlich macht. Trotz heftiger öffentlicher Diskussion und vielen Versprechungen seitens der Wirtschaft hat sich an der Männerdominanz in den heimischen Führungsetagen nichts geändert. Der Frauenanteil in Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bleibt inakzeptabel niedrig. Bei den untersuchten Top 200 Unternehmen liegt der Anteil der weiblichen Vorstände bei mageren 4,4 Prozent und ist damit gegenüber dem Vorjahr sogar noch gesunken: Im Jahr 2011 leiten nur 28

Geschäftsführerinnen die Unternehmensgeschicke, während 609 männliche Kollegen eine Vorstandsfunktion bekleiden.

Abschließend verweist der Bereichsleiter auf die erfolgreichen Veranstaltungen zusammen mit und in den Gewerkschaften mit den Kontaktpersonen der letzten AK Wahl. Weiters verweist Ficzkó auf das als Tischvorlage verteilte AKtuell.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner erläutert eingangs den Zusammenhang zwischen der Finanzierung IEF und dem AMS-Österreich Budget. Der Insolvenz-Entgeltsicherungsfonds (IEF) weist ein wachsendes Defizit aus, gleichzeitig soll eine Anhebung des IEF-Beitrages vermieden und eine Weiterführung der betrieblichen Lehrlingsförderung im Ausmaß von 0,2 % des IEF-Beitrages (2011 gedeckelt mit € 155 Mio) gewährleistet bleiben. Auf Basis einer am 9.2.2011 zwischen den Bundesministern Hundstorfer und Mitterlehner einerseits und den Präsidenten Foglar und Leitl andererseits erreichten politischen Einigung wurden Maßnahmen für die Bewältigung dieser Situation dem Bundesminister für Finanzen vorgeschlagen. Ihre Umsetzung braucht jedenfalls gesetzliche Änderungen (insb BundesfinanzG, Arbeitsmarktpolitik-FinanzierungsG,...) noch vor dem 30.6.2011. Es gibt noch eine Reihe von offenen Fragen, wie über die Grenze für die Lehrstellenförderung, die Finanzierung von Restverbindlichkeiten für den IEF aus der Lehrstellenförderung 2009 und 2010, die Laufzeit der Überführung von AIV-Einnahmen in den IEF und über Möglichkeiten zur Verkürzung des Konsolidierungsweges bis 2014.

Kundtner berichtet, dass das - in den Unterlagen detailliert beschriebene und von ihm kurz erläuterte - dem Ende der Übergangsfrist Rechnung tragende "Saisoniermodell neu" im Wesentlichen der Forderungslinie von ÖGB und BAK entspricht.

Abschließend verweist die Bereichsleiterin auf die nach dem VfGH Erkenntnis notwendig gewordene Reparatur des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die Problematik ist in den den Vorstandsmitgliedern zugewandenen Unterlage im Detail inklusive der Position der AK beschrieben.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

Chaloupek verweist auf die Unterlage bezüglich des Zusammenschlusses Berglandmilch/Tirol Milch und geht kurz auf eine aktuelle AK Studie bezüglich der Veröffentlichung von Jahresabschlüssen ein. Die Veröffentlichungsmoral hat sich keineswegs verbessert, auch heuer wurden wieder 3 Firmen nach dem UWG geklagt, denn die Unternehmen müssen die Verpflichtung zur fristgerechten Veröffentlichung von Jahresabschlüssen ernst nehmen.

Bezüglich der Korrektur der Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes teilt **Chaloupek** mit, dass es im Sommer des Jahres 2010 es in der Beschäftigungsstatistik zu einigen Umbuchungen in den Wirtschaftsklassen kam, welche dazu führten, dass Vorjahresvergleiche nicht mehr aussagekräftig waren. Das Auftauchen einer Reihe von Doppelerfassungen im weiteren Jahresverlauf führte schließlich im Februar 2011 zu einer umfangreicheren Korrektur und einer Rückrechnung der Beschäftigtenzahlen bis zum Jänner 2008. Bekanntlich erschweren unrichtige Zahlen Aussagen über den Arbeitsmarkt und vor allem über die Beschäftigungsentwicklung sowohl insgesamt als auch nach Alter und Wirtschaftsklassen. Darüber hinaus waren auch die Bundesländerwerte nicht richtig.

Aufgrund einer Weisung des Sozialministeriums war der Hauptverband bereit eine Rückrechnung bis Jänner 2008 zu machen. Bisher hat es in solchen Situationen immer eine Sprungstelle bzw einen Strukturbruch in der Statistik gegeben. Die Rückrechnung ist teilweise bereits erfolgt und publiziert, weitere Statistiken sollen im März folgen. Schon früher gab es mehrmals ähnlich gelagerte Datenkorrekturen, und es war immer eine Forderung der AK, dass es zu einer Rückrechnung kommen sollte, bzw dass es zumindest für einen Monat eine Doppelauswertung geben sollte. Dieses Mal wurde der AK-Forderung zum ersten Mal Rechnung getragen.

Abschließend berichtet **Chaloupek** aktuell, dass - wie bereits **Tumpel** erwähnt hat - sich im Februar die Inflationsrate (VPI) in Österreich um 3,0 Prozent stark erhöht hat. Das war der höchste Wert seit Oktober 2008 (3,1 Prozent). Im Jänner hatte die Teuerungsrate 2,4 Prozent betragen. Den Preisanstieg habe vor allem die Teuerung von Treibstoffen und Heizöl (plus 22 bzw. 30 Prozent im Jahresabstand) getrieben. Deutlich gestiegen sind auch Nahrungsmittel (plus 4,2 Prozent). Ohne Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate nur 2,1 Prozent betragen, ohne Mineralölprodukte und Nahrungsmittel lediglich 1,7 Prozent. Die Ausgaben für Treibstoffe, Wohnen und Nahrungsmittel verursachten drei Fünftel der Inflationsrate. Der auf europäischer Ebene harmonisierte österreichische Verbraucherpreisindex (HVPI 2005) wies im Februar mit 3,1 Prozent (Jänner: 2,5 Prozent) den höchsten Wert seit September 2008 (3,7 Prozent) auf. Der Unterschied zum VPI war - wie die Statistik Austria bekannt gab - auf Teuerungen bei der Ausgabengruppe Restaurants und Hotels sowie Treibstoffe zurückzuführen, die im HVPI jeweils höher gewichtet sind als im VPI.

Auf Frage von **Rösch** nach der Einschätzung von **Chaloupek** bezüglich dem „in Konkurs befindlichen EURO-Raum“ erläutert der Bereichsleiter, dass es keine „Krise des EURO“, sondern eine Budgetkrise einzelner EURO-Länder gibt. Darum ist auch eine Aufstockung des „EURO – Rettungsschirm“ notwendig. **Rösch** machen die gewaltigen Ausgaben zur Bereinigung vorerst der Banken- und dann der Länderkrise Angst, zumal diese nun durch die Vorkommnisse in Japan verstärkt werden. Auch **Chaloupek** sieht die Weltwirtschaft insbesondere auch durch die Katastrophe in Japan in einer angespannten Situation, die jedoch in einigen Jahren durchaus zu bewältigen ist.

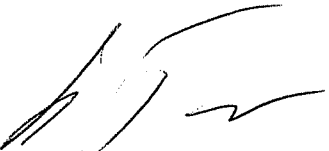
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

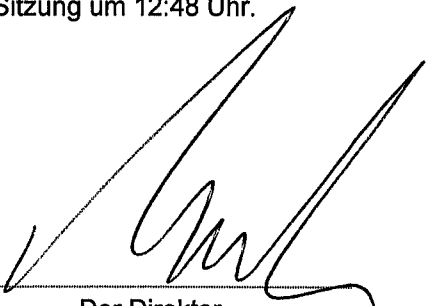
4 Allfälliges

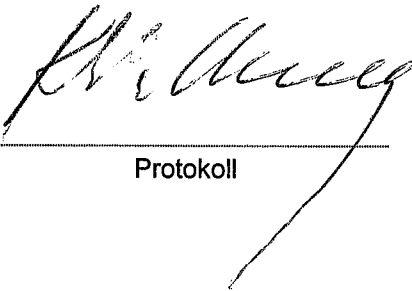
Auf Frage von **Rösch** nach der geplanten EGB-Demonstration in Budapest erläutert **Foglar**, dass die Demo des EGB am 9. April 2011 (http://www.etuc.org/IMG/pdf/Tracte_A4_EN.pdf) deshalb in Budapest stattfindet, da Ungarn derzeit den Ratsvorsitz in der EU hat und zu diesem Zeitpunkt eine Ratssitzung stattfindet. Der ÖGB ist Mitglied des EGB und wird an der Demo teilnehmen und für sie aufrufen! Die Demo richtet sich gegen die Austeritätspolitik in Europa und für ein soziales Europa: http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_demo).

Muhm gibt bekannt, dass er Kollegin **Schütz** in Hinblick auf ihre Frage im letzten Vorstand mitgeteilt hat, dass vom Kummer-Institut alle Unterlagen, jedoch (noch) nicht der Jahresabschluss 2010 vorliegen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Tumpel** die Sitzung um 12:48 Uhr.



Der Präsident

Der Direktor

Protokoll